

Die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

-Staatskanzlei-

Schloßstraße 2-4

19053 Schwerin

**Antrag auf Gewährung von Billigkeitsleistungen aus dem MV‑Schutzfonds für Kino-Abspielstätten zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie**

Antragsberechtigt sind juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts sowie natürliche Personen, die die mit mindestens einer in Mecklenburg-Vorpommern gelegenen Kinospielstätte einen Kinobetrieb sicherstellen und die ihre Tätigkeit von einer inländischen Betriebsstätte oder einem inländischen Sitz der Geschäftsführung aus ausführen und bei einem deutschen Finanzamt für steuerliche Zwecke erfasst sind.

|  |
| --- |
| Angaben zur Antragstellerin/zum Antragsteller |
| Bezeichnung / Institution/ Name  | E-Mail-Adresse |
|   |   |
| Straße, Hausnummer | Internetadresse |
|   |   |
| PLZ, Ort | Telefon |
|   |   |
| Rechtsform der Einrichtung | Name, Vorname des/der rechtlich Vertretungsbefugten |
|   |   |
| Steuernummer |  |
|  |  |
| Name, Vorname des Ansprechpartners | E-Mail-Adresse des Ansprechpartners |
|   |   |
| Bankverbindung (zur Auszahlung der Zuwendung) |
| IBAN: | DE  |
| Bankinstitut: |   |
| Kontoinhaber: |   |
|[ ]  Ein Nachweis der Vertretungsberechtigung der antragstellenden Person ist beigefügt: |
|  | aktueller Vereinsregisterauszug oder Handelsregisterauszug oder Erklärung, wer berechtigt ist, die Antragstellerin/den Antragsteller zu vertreten. |
|  | Antragsteller, die natürliche Personen sind, fügen eine Kopie ihres Personalausweises bei. |

|  |
| --- |
| Der Nachweis des Rückgangs des Umsatzes von 30% oder mehr im Vergleich zu dem entsprechenden Monat des Jahres 2019 wird bestätigt. |
| Datum, Unterschrift: |
| Wirtschaftsprüfer\*in/Steuerberater\*in/Steuerbevollmächtigte\*r |

|  |  |
| --- | --- |
| Es wird die Bewilligung einer Billigkeitsleistung für den Monat ……………… i.H.v. beantragt: |  , Euro |

Die Billigkeitsleistung soll ausschließlich den unter Punkt 2 der Grundsätze des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Gewährung von Billigkeitsleistungen aus dem MV‑Schutzfonds für Kino-Abspielstätten zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie aufgeführten Zweck dienen.

|  |
| --- |
|[ ]  Ich versichere/Wir versichern, dass die Billigkeitsleistung ausschließlich den unter Punkt 2 der Grundsätze des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Gewährung von Billigkeitsleistungen aus dem MV‑Schutzfonds für Kino-Abspielstätten zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie aufgeführten Zweck dienen soll. Es bestehen weder ein Anspruch auf Förderung noch Regressansprüche gegenüber dem Land. |
|[ ]  Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben. |
|[ ]  Ich versichere/Wir versichern unverzüglich anzuzeigen, wenn sich die für die Bewilligung der Landesmittel maßgebenden Umstände ändern.  |
|[ ]  Mir/Uns ist bekannt, dass vorsätzlich oder fahrlässig unzutreffend gemachte Angaben sowie das vorsätzliche oder fahrlässige Unterlassen der Mitteilung über Änderungen von Angaben zur Aufhebung des Bescheids und zur Rückforderung der Billigkeitsleistungen unter Erhebung von Zinsen führen können. |
|[ ]  Ich habe/Wir haben die Grundsätze des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Gewährung von Billigkeitsleistungen aus dem MV‑Schutzfonds für Kino-Abspielstätten zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie  (veröffentlicht unter <http://www.regierung-mv.de>) zur Kenntnis genommen und ich erkenne/wir erkennen diese an. |
|[ ]  Ich nehme/Wir nehmen die folgenden Hinweise zum Datenschutz zur Kenntnis:Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Antrags erfolgt zur Prüfung der Zuwendungsvoraussetzungen und der ordnungsgemäßen Durchführung des Antragsverfahrens entsprechend den Vorgaben der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern und der oben genannten Verwaltungsvorschrift. Die Verarbeitung der Daten ist daher gesetzlich erforderlich und gemäß Artikel 6 Absatz 1 c und Absatz 1 e der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zulässig. Die Daten werden ggf. an Prüfeinrichtungen des Landes übermittelt und nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht von 10 Jahren gelöscht.Verantwortlich im Sinne der DSGVO ist die Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern. Den Beauftragten für den Datenschutz der Staatskanzlei erreichen Sie ebenda (E-Mail: datenschutz@stk.mv-regierung.de). Weitere Hinweise zu Ihren Betroffenenrechten finden Sie unter: <https://www.regierung-mv.de/Datenschutz/>. Es besteht Beschwerdemöglichkeit beim Landesbeauftragten für Datenschutz als Aufsichtsbehörde. |
|[ ]  Mir/Uns ist von der Bewilligungsbehörde bekannt gemacht worden, dass folgende in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des StGB sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist: |
|[ ]  Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034, 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Wird durch ein Scheingeschäft oder eine Scheinhandlung ein anderer Sachverhalt verdeckt, so ist der verdeckte Sachverhalt für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils maßgebend. |
|[ ]  Mir ist/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt. Ich/Wir werde(n) der Bewilligungsbehörde jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich anzeigen. |
|[ ]  Ich/Wir erklären, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung über mein/unser Vermögen kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist und von mir/uns keine eidesstattliche Versicherung abgegeben wurde. |
|[ ]  Ich versichere/ Wir versichern vor dem 31.12.2019 kein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne von Artikel 2 Nr. 18 AGVO gewesen zu sein. |
|[ ]  Im Falle einer gegen mich/ gegen uns ergangenen Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt versichere ich/ versichern wir dieser nachgekommen zu sein. (Artikel 1 Abs. 4 Buchst. a AGVO).  |

|  |  |
| --- | --- |
| Datum | Name der/des Unterzeichnenden |
|  . .  |   |
|  | Rechtsverbindliche eigenhändige Unterschrift (ausgefülltes Formular bitte ausdrucken) |
|  |  |